

# Dokument 61

---

7. Dezember 2009

## Hamburger Volksbegehren gegen Primarschule erfolgreich

Einmal mehr geht von der Alstermetropole ein wichtiges politisches Signal aus. Es kündigt vom Willen eines Großteiles der Hamburger Bevölkerung, der sich Entscheidungen über dringend gebotene Verbesserungen von Bildungschancen und Schulstrukturen nicht von der ideologisch motivierten Bildungspolitik einer grün-alternativen Senatorin im Regierungsbündnis mit Deckung der CDU überstülpen lassen will. Als reformunwillig wollen sich jene Anhänger der Volksinitiative „Wir wollen lernen“, die kürzlich zum Abschluss ihres erfolgreichen Volksbegehrens rund 180 000 Unterschriften gegen die Pläne des grün-schwarzen Senates zur Einführung einer sechsjährigen Primarschule vorzulegen vermochten, jedenfalls nicht abkanzeln lassen. Sie hatten schließlich für eine zweigliedrige Schulstruktur aus Gymnasien und Stadtteilschulen (vor den Wahlen noch von CDU und SPD mehrheitlich gewollt!!!) und für eine Verbesserung der Unterrichtsqualität, Raumausstattung und Lehrerversorgung votiert. Da sie mehr als doppelt so viele Unterschriften wie rechtlich erforderlich gegen die sechsjährige Primarschule gesammelt hatten, ist der Weg nun mit Rückenwind frei für einen Volksentscheid im Sommer nächsten Jahres, wenn nicht bald ein tragfähiger Kompromiss gefunden wird. Alle Akteure sollten sich in dieser Situation auf die Empfehlungen der Enquete-Kommission besinnen. In der Konsequenz ist das Primarschul-Projekt nicht mehr haltbar. Entgegen öffentlicher Bekundungen wissen das die verantwortlichen Bildungsexperten der CDU wohl schon längst. Allerdings wollen die Hamburger Christdemokraten die Koalitionsvereinbarungen nicht von sich aus aufkündigen, weil damit das gesamte Regierungsbündnis zerbrechen könnte - eine taktische Herangehensweise. Die ehrlichste Lösung ist der Volksentscheid und die damit in erster Linie für die grün-alternative Liste mögliche Erfahrung, dass sie demokratische Partizipation nicht gepachtet hat. Demokratie lernen und leben wird allen Parteien abverlangt.

Die CDU scheint sich jedenfalls an dem ihr von der GAL abgerungenen Reformvorhaben überhoben zu haben. Bereits die Umstellung auf eine zweigliedrige Schulstruktur war im Vorfeld mit einer großen internen Überzeugungsarbeit verbunden gewesen. Der argumentativ gewonnene und gegen innere Widerstände in CDU und SPD durchgesetzte mögliche Konsens in der Schulpolitik war nach den Bürgerschaftswahlen durch die Primarschul-Pläne von Christa Goetsch (GAL) und Ole von Beust (CDU) durchkreuzt worden.

An dieser Stelle dokumentiert [schulstruktur.com](http://schulstruktur.com) die vollständige und ungekürzte Fassung einer Rede des Hamburger CDU-Politikers Fridtjof F.O. Kelber, die dieser am 19. September 2009 anlässlich der zweiten Kundgebung der Initiative „Wir wollen lernen“ gegen die Primarschulpläne der Hamburger Regierungskoalition von CDU und GAL auf dem Gänsemarkt in Hamburg gehalten hat. Zusätzlich sei verwiesen auf ein früheres Interview von [schulstruktur.com](http://schulstruktur.com) mit Robert Heinemann, dem damaligen Bildungspolitischen Sprecher der Hamburger CDU-Bürgerschaftsfraktion (Archiv, Dok. 13) sowie die Rede von Britta Ernst (Parl. Geschäftsführerin der SPD-Bürgerschaftsfraktion HH) auf der ersten Kundgebung der Hamburger Volksinitiative (Archiv, Dok. 54).

## Rede von Fridtjof F.O. Kelber (CDU) vom 19. September 2009 auf der 2. Demonstration der Initiative „Wir wollen lernen“ gegen die Primarschulpläne der Hamburger Regierungskoalition von CDU und GAL (Kundgebung auf dem Gänsemarkt in Hamburg).

### „CDU vor einem bildungspolitischen Scherbenhaufen“

„Ich bin jahrelang schul- und bildungspolitischer **Sprecher der CDU-Fraktion** und deren stellvertretender Vorsitzender gewesen. Von Schule glaube ich etwas zu verstehen, weil ich Schulleiter einer katholischen Haupt- und Realschule gewesen bin.

Jetzt sehe ich die CDU vor einem **bildungspolitischen Scherbenhaufen**. Die vorliegenden Schulreformpläne, besonders die Einführung der sechsjährigen Grundschule, die zur Täuschung hochtrabend Primarschule genannt wird, markiert den Absturz der CDU-Bildungspolitik.

In Wahrheit ist dieses Monstrum voller pädagogischer und organisatorischer Mängel: Jeden Tag muss die Behörde erklären, dass der Umfang der notwendigen Ausbauten der kleineren Grundschulen noch berechnet werden muss; sie muss zugeben, dass sie noch keinen Überblick darüber hat, wie die Abordnung von Gymnasiallehrern an die Primarschulen problemlos verwirklicht werden kann. Diese Reform bringt **keinerlei pädagogische Fortschritte**, diese Reform kostet **unglaubliche organisatorische Energie** und schließlich sehr viel Geld, das für die innere Reform aller Schulen fehlt. Die Primarschule ist der verschwiegene Weg zur **Einheitsschule** für alle. Die CDU ist voll auf den Leim gegangen, den die alten **Seilschaften** der Lehrgewerkschaft GEW und die Träumer der Grünen schon immer bereitgehalten haben. Jetzt können sie ihre **veralteten Ideen** der Einheitsschule für alle an den Schaltstellen der Schulbehörde umsetzen. Primarschule und Stadtteilschule sind schön gefärbte Namen für Einheitsschule. Es ist nichts besonderes, dass die GAL und ihre GEW-Sympathisanten mit ihrer Senatorin ihre verstaubten Ideen umsetzen, nein eine **Schande** ist es, dass die CDU einen **Koalitionsvertrag** unterzeichnet hat, der die Primarschule vorsieht und das Gymnasium um die Klassen 5 und 6 amputiert.

Die CDU will bessere Bildung für alle von Anfang an, d.h. aber doch wohl nicht alle über einen Kamm scheren,

- das heißt doch wohl: **Differenzierung aller Schultypen**
- das heißt doch wohl: **kleinere Klassen in allen Schule**
- das heißt doch wohl: **mehr Lehrer in jeder Schulstufe**
- das heißt doch wohl: gutes und ausreichendes **Unterrichtsmaterial** für jeden Schüler
- das heißt doch wohl: **Privatschulen** nicht strangulieren und ihre Finanzierung nicht zu streichen, wenn sie eigene pädagogische Ziele und Wege verfolgen.

Wenn der **Bürgermeister** meint, die Zeiten hätten sich geändert und deshalb müsse die CDU ihre bildungspolitischen Ziele aufgeben, so irrt er sich. Die Grünen und die GEW haben keine neuen Ideen eingebracht. **Sie realisieren nur ihre alten Vorstellungen**. Warum hat die CDU ihre **schulpolitischen Grundsätze** verraten? Warum tritt sie nicht für ihre/diese Kernpunkte ein:

- **Vorschule für alle Kinder**
- **Stärkung der Grundschule 1 – 4**
- **Ausbau der Haupt- und Realschule zur differenzierten Stadtteilschule 5 – 13**
- **Erhalt des Gymnasiums in allen Formen in den Klassen 5 – 12**

Das ist ein Schulkonzept der inneren Reform.“

**schulstruktur.com** dankt für die Überlassung des Redemanuskriptes und die Erlaubnis zur Veröffentlichung (Hervorhebungen im Text stammen vom Autor)